

Arbeitszeit als Politikum

Mit dem Vorstoß der LSAP zu kürzeren Arbeitszeiten ist eine altbekannte Debatte zurück in der politischen Arena. Konkrete Konzepte sind noch nicht in Sicht – die Fronten der Sozialpartner sind dennoch vorsorglich schon verhärtet.



(FOTO: SHUTTERSTOCK)

VON CHRISTOPH BUMB

Luxemburg sei das produktivste Land in der OECD, deshalb könne man den Arbeitnehmern etwas von dieser Produktivität zurückgeben: Mit dieser simplen Argumentation leitete Vizepremier Etienne Schneider beim Neujahrsempfang der LSAP den Vorstoß seiner Partei in Sachen Arbeitszeitverkürzung ein. Auch Parteichef Claude Haagen hatte dies schon bei seiner Rede als Berichterstatter des Budgets 2017 angedeutet (das LW berichtete).

Bei den Konsequenzen blieb Schneider vage: „Das Mehr an Produktivität muss auch beim Arbeitnehmer ankommen“, rief er den versammelten Genossen zu. Dies könne entweder über eine „Revalorisierung“ der Gehälter oder über die Arbeitszeiten geschehen. Dabei sprach Schneider zwar explizit von der 40-Stunden-Woche. Konkreter wurde er aber nicht. Der Vizepremier freute sich aber schon auf „flott an interessanten Diskussionen“ mit den Sozialpartnern.

Die Arbeitgeberseite findet den Vorstoß allerdings nicht ganz so „flott“. Die Regierung könne „nicht das geringste Entgegenkommen“ des Patronats erwarten, sagte Jean-Jacques Rommes. Stattdessen forderte der Generaldirektor der UEL – ebenso abstrakt wie Schneider – eine „Gesamtdiskussion“ darüber, wie Arbeitszeiten in einer digitalisierten Welt aussehen könnten.

Vor wenigen Tagen schaltete sich schließlich der OGBL in die Debatte ein. Auch die größte Gewerkschaft des Landes will die „strategische Diskussion“. Diese reihe sich

in den langfristigen Prozess der Digitalisierung der Arbeitswelt ein, sagt OGBL-Präsident André Roeltgen. Der Gewerkschaftsboss blieb aber letztlich genauso unkonkret wie Schneider und Rommes vor ihm.

Historischer Trend

Worum geht es also? Die reguläre Arbeitszeit ist in Luxemburg gesetzlich auf maximal acht Stunden pro Tag bzw. 40 Stunden pro Woche festgesetzt. Historisch geht der Trend seit über einem Jahrhundert hin zu weniger arbeiten. In Zeiten der Industrialisierung lag die wöchentliche Arbeitszeit noch bei über 60 Stunden. Mit dem Ausbau von Sozialstaat und Arbeitnehmerrechten pendelte sie sich auf die aktuelle 40-Stunden-Woche ein.

Bis 1964 galt in Luxemburg dabei noch die 48-Stunden-Woche – mit knapp halb so viel Urlaub wie heute. In zwei Schritten wurde die Arbeitszeit dann zunächst für die Staatsbeamten (1971) und schließlich für alle Beschäftigten (1975) auf die bis heute gültige Arbeitszeit von 40 Stunden pro Woche gesenkt.

Die Rahmenbedingungen einer flexibleren Handhabung der Ar-

„Wir müssen nicht auf die Regierung warten, um über Arbeitszeitverkürzung zu verhandeln.“

Christophe Knebler (LCGB)

beitszeit, etwa der Umgang mit Überstunden, werden im sogenannten „PAN-Gesetz“ („Plan d'action national en faveur de l'emploi“) geregelt. Laut der jüngsten Reform dieses Gesetzes können Arbeitnehmer in einer Referenzperiode von maximal vier Monaten maximal 12,5 Prozent über der regulären Arbeitszeit liegen und werden dafür mit bis zu 3,5 zusätzlichen Urlaubstagen kompensiert. Laut EU-Arbeitszeitrichtlinie von 2003 darf die wöchentliche Arbeitszeit inklusive Überstunden übrigens 48 Stunden nicht übersteigen.

Für die Arbeitgeber war die PAN-Reform bereits eine versteckte Arbeitszeitverkürzung. In diesem Sinn sind auch die ungewöhnlich scharfen Reaktionen auf die Reform sowie auf die neuesten vagen Ankündigungen zu verstehen. Die DP spricht sich mehr oder weniger deutlich gegen jegliche Verkürzung der gesetzlichen Arbeitszeiten aus.

Auch Arbeitsminister Nicolas Schmit (LSAP) stellte im Interview mit dieser Zeitung klar, dass er nicht beabsichtige, die Arbeitszeit pauschal abzusenken. „Die Lösungen müssen in den Betrieben, im sozialen Dialog und auf Basis von Kollektivverträgen gefunden werden“, so der zuständige Ressortminister.

Komplexe Diskussion

Genau dies sei auch für die Gewerkschaften entscheidend, sagt Christophe Knebler. „Wir müssen nicht auf die Regierung warten, um über Arbeitszeitverkürzung zu verhandeln“, so der stellvertretende Generalsekretär des LCGB. Dies geschehe bereits im gewerkschaft-

„Das Mehr an Produktivität muss auch beim Arbeitnehmer ankommen.“

Vizepremier Etienne Schneider

chen Alltag, also im Rahmen von Kollektivvertragsverhandlungen.

In manchen Bereichen, etwa im Gesundheits- oder im Bankensektor, habe man bereits kürzere Arbeitszeiten durchgesetzt. Wichtig sei dabei, dass man sich nicht auf die gesetzliche Arbeitszeit versteife, so Knebler. Auch über den Weg von zusätzlichen Urlaubstagen, gleitenden Arbeitszeiten („horaires mobiles“) oder die im Rahmen des „Rifkin-Prozesses“ diskutierte Ausweitung von Telearbeit könne man das Ziel einer Verkürzung bzw. für die Arbeitnehmer positiven Flexibilisierung der Arbeitszeit erreichen. Die Gewerkschaften fordern seit geraumer Zeit eine zusätzliche gesetzliche Urlaubswoche.

Von der Politik verlangt er demnach „konkrete Vorschläge“. Faktisch liege die Arbeitszeit vieler Beschäftigten über den regulären 40 Wochenstunden. Um wirkliche Verbesserungen für die Arbeitnehmer zu erreichen, müsse man jedenfalls alle Aspekte der komplexen, aber notwendigen Diskussion in Betracht ziehen, so Knebler.

Die Arbeitgeber ziehen dagegen bei der gesetzlichen Arbeitszeit die rote Linie. Wie der Generaldirektor

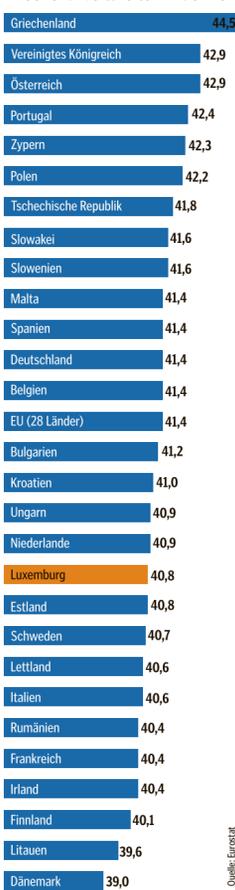
der Handelskammer, Carlo Thelen, in einem Meinungsbeitrag für das LW am Wochenende schrieb, wäre eine „willkürliche“ Absenkung der gesetzlichen Arbeitszeit „katastrophal“. Sie käme einem „destabilisierenden Schock“ für die Betriebe, vor allem für die kleineren Unternehmen, des Landes gleich.

Luxemburg im Vergleich

Das von Parteien, Gewerkschaften und Patronat gezeichnete Bild relativiert sich, wenn man die luxemburgische Situation im internationalen Vergleich betrachtet. Luxemburg ist zwar immer noch mit Abstand das produktivste Land der OECD (siehe Grafik rechts). Beim Wachstum der Arbeitsproduktivität lag Luxemburgs Volkswirtschaft in den vergangenen Jahren allerdings auf dem drittletzten Rang.

Ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen Produktivität und Arbeitszeit geht aus den internationalen Statistiken nicht hervor (siehe Grafiken rechts). Luxemburg gehört in der EU aktuell jedenfalls nicht zu den Staaten, die durchschnittlich am längsten arbeiten. Laut Eurostat beläuft sich die Zahl der tatsächlich geleisteten Arbeitszeit bei Vollzeitbeschäftigten im Großherzogtum auf 40,8 Wochenstunden – damit landet man im EU-Vergleich im unteren Mittelfeld. Die tatsächliche Arbeitszeit weicht zu dem stark von gesetzlichen Regelungen ab; so etwa in Frankreich, wo die faktisch geleisteten Wochenstunden mit 40,4 trotz gesetzlicher 35-Stunden-Woche nur 0,4 Stunden unter dem luxemburgischen Durchschnitt liegen.

Wochenarbeitszeiten in der EU



Quelle: Eurostat

* Zahl der geleisteten Wochenstunden bei Vollzeitbeschäftigten – einschließlich der normalerweise geleisteten (Dezimalen oder unbezahnten) Überstunden, ausschließlich Fällzeiten zwischen Wohnung und Arbeitsplatz sowie Haupt-Essenpausen.

„Eine sehr wichtige Diskussion“

EU-Kommissarin Marianne Thyssen über ihre Agenda in Sachen Arbeitszeiten



Marianne Thyssen ist seit 2014 Kommissarin für Beschäftigung und Soziales. (FOTO: EU)

Frau Thyssen, in einigen Mitgliedstaaten wird zunehmend über eine Verkürzung der Arbeitszeit diskutiert. Wie stehen Sie dazu?

Auf EU-Ebene haben wir Mindeststandards für tägliche und wöchentliche Ruhezeiten, eine maximale wöchentliche Arbeitszeit und eine Mindestdauer für den bezahlten Jahresurlaub festgelegt. Innerhalb dieser Grenzen steht es den Mitgliedstaaten frei, die Arbeitszeit selbst zu regeln. Die Arbeitszeit ist einer der wichtigsten Aspekte für die Organisation des Arbeitslebens. Sie hat zudem einen erheblichen Einfluss auf das Verhältnis zwischen der Arbeit und dem Privatleben der Arbeitnehmer. Deswegen glaube ich, dass diese Diskussionen über die Arbeitszeit sehr wichtig sind und dass sie gefördert werden sollten, da sie das Leben der Arbeitnehmer unmittelbar betreffen.

Gewerkschaften vertreten die Auffassung, dass eine Verkürzung der Arbeitszeit langfristig dem Arbeitsmarkt und der Produktivität zugute käme. Teilen Sie diese Auffassung?

Angesichts des sich ändernden Arbeitsmarkts und der wechselnden Beschäftigungsmodelle sollte man sich auch mit der Arbeitszeit befassen. Ich weiß, dass einige Länder mit verkürzten Arbeitszeiten experimentieren, wie etwa im Gesundheitssektor in Schweden. Das sind jedoch sehr junge Initiativen, und ich glaube, dass es noch zu früh ist, um die Auswirkungen auf die Produktivität und die Wirtschaft insgesamt zu beurteilen. Aber ich verfolge diese Entwicklungen mit Interesse.

Sind diese Aspekte Teil der „Digitalen Agenda“ der Kommission?

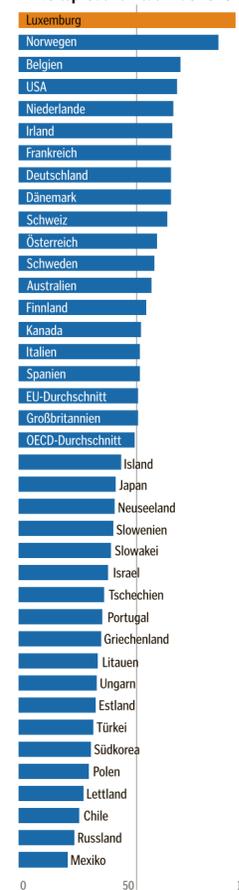
Ja, wir sind dabei, Maßnahmen im Rahmen der „Kompetenzagenda“ und der „Digitalen Agenda“ intensiv zu koordinieren. Investitionen in die Entwicklung digitaler Kompetenzen bereits in einem

frühen Stadium sind von entscheidender Bedeutung, um die Zahl erfolgreicher Unternehmer zu erhöhen und das Potenzial unserer Volkswirtschaften zur Schaffung von Arbeitsplätzen zu stärken. So haben wir am 1. Dezember 2016 die „Koalition für digitale Kompetenzen und Arbeitsplätze“ ins Leben gerufen, um ein großes digitales Talentreservoir zu schaffen und sicherzustellen, dass die Menschen in Europa mit geeigneten digitalen Kompetenzen für die Wirtschaft und die Gesellschaft des 21. Jahrhunderts ausgerüstet werden. In dieser Koalition werden die Mitgliedstaaten und verschiedene Partner, darunter auch die Sozialpartner, gemeinsam beste Praktiken ermitteln und austauschen, damit diese leichter übernommen und aufgewertet werden können.

Wären zunehmende Unterschiede zwischen den Arbeitszeiten in den Mitgliedstaaten der EU ein Problem? Wäre eine stärkere Harmonisierung in diesem Bereich eine Option?

Wie bereits ausgeführt, haben wir auf EU-Ebene ein Sicherheitsnetz von Mindeststandards eingerichtet, die die Mitgliedstaaten einhalten müssen. Im Rahmen dieser Mindeststandards können die Mitgliedstaaten die jeweilige gesetzliche Arbeitszeit selbst festlegen. Die Tatsache, dass es Mindeststandards gibt, bedeutet natürlich auch, dass etwaige Unterschiede zwischen den Arbeitszeiten begrenzt sind. Allerdings beabsichtigt die EU, die Arbeitszeiten in der gesamten EU zu harmonisieren, aber sie besitzt nicht die Befugnis dazu. CBu/dv

Arbeitsproduktivität in der OECD



Quelle: OECD

* Berechnung erfolgt nach Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro geleisteter Wochenstunde, bezogen auf die Gesamtwirtschaft, in US-Dollar. Preise und Kaufkraftparität auf dem Stand von 2014.

Wahlkampf um die 35-Stunden-Woche

Die Arbeitszeit ist in Frankreich eine traditionelle politische Kontroverse

VON CHRISTINE LONGIN (PARIS)

Bei einer Arbeitslosenquote von rund zehn Prozent ist Arbeit ein zentrales Thema im französischen Präsidentschaftswahlkampf. Ein wichtiger Punkt in den Programmen ist die 35-Stunden-Woche, die die sozialistische Regierung unter Premierminister Lionel Jospin im Jahr 2000 einführt. Die Bilanz der Maßnahme, die auf die damalige Arbeitsministerin Martine Aubry zurückgeht, ist gemischt.

So kostet die 35-Stunden-Woche den Staat laut französischem Finanzministerium jedes Jahr zwölf Milliarden Euro. Ein Parlamentsbericht zufolge entstanden dadurch rund 350 000 Jobs – deutlich weniger als die von den Sozialisten erwarteten 700 000.

Wirklich rütteln an der gesetzlich festgelegten Arbeitszeit will nur der konservative Kandidat François Fillon. Sein Projekt sieht vor, die Wochenarbeitszeit von Betrieb zu Betrieb in Gesprächen mit den Gewerkschaften festzulegen. Als Obergrenze sollen dabei die von der EU festgelegten 48 Stunden dienen. Im öffentlichen Dienst sollen nach Fillons Vorstellungen 39 Stunden gearbeitet, dabei aber nur 35 Stunden bezahlt werden. Der Kandidat will so die geplante Kürzung von 500 000 Stellen auffangen, die ihm

bereits viel Kritik einbrachte. Nicht wieder einführen will der mit einem äußerst liberalen Programm antretende frühere Regierungschef die Steuerfreiheit für Überstunden, die sein Parteifreund Nicolas Sarkozy 2007 durchgesetzt hatte. „Mehr arbeiten um mehr zu verdienen“, lautete damals sein Motto, von dem vor allem die niedrigen Gehaltsgruppen profitierten.

Hamon plant 32-Stunden-Woche

Die Sozialisten machten die Steuerfreiheit, die die Gewerkschaften als „Massenvernichtungswaffe gegen Beschäftigung“ kritisiert hatten, nach ihrem Wahlsieg 2012 wieder rückgängig. Sie versprachen sich so die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Doch die Rechnung ging nicht auf: unter Präsident François Hollande kamen mehr als 500 000 neue Arbeitslose hinzu. „Wenn man die Steuerbefreiung für Überstunden wieder einführt, schwindet das Interesse daran, über eine Verlängerung der Arbeitszeit zu verhandeln“, begründete Fillon sein Nein zu der Maßnahme, die inzwischen auch unter den Sozialisten ihre Anhänger fand: Ex-Regierungschef Manuel Valls, der die Vorwahlen der Sozialisten gegen Benoit Hamon verlor, hatte dafür geworben.

Der Linksaußen Hamon hat dagegen andere Projekte zur Arbeits-

zeit: er will ein Recht auf Teilzeit einführen. Die gesetzliche Wochenarbeitszeit von 35 Stunden soll nach den Vorstellungen des früheren Bildungsministers zwar beibehalten werden. Doch auf Betriebsebene sollen Prämien die Unternehmen dazu bringen, weniger Wochenstunden zu ermöglichen.

Der 49-Jährige brachte in diesem Zusammenhang eine 32-Stunden-Woche ins Spiel, bei der allerdings weiter 35 Stunden bezahlt werden sollen. „Es darf keine Schwächung der Kaufkraft geben“, sagte er.

Macron setzt auf Flexibilität

An der 35-Stunden-Woche festhalten will dagegen der unabhängige Kandidat Emmanuel Macron. Als Wirtschaftsminister unter Hollande hatte der 39-Jährige die Wochenarbeitszeit noch kritisiert, doch als Präsidentschaftsbewerber will der Jungstar offenbar die linken Wähler nicht vergraulen.

Allerdings setzt der sozialliberale Macron auf Branchen- und Betriebsvereinbarungen, die eine Flexibilität der Arbeitszeit je nach Alter ergeben könnten. „Wenn man jung ist, sind 35 Stunden nicht genug“, sagte er in einem Interview mit der Zeitschrift „Obs“. Jüngere Arbeitnehmer könnten also mehr als 35 Stunden arbeiten und ältere dafür weniger.



(FOTO: REUTERS)